

eingebacht. Die unabhängigen Sozialdemokraten beantragen auch dieses Mal wieder die Streichung des 3. Absatzes vom § 1, worin der Waisengeldanspruch bei Nachverzicht ausdrücklich vorgeschrieben wird. Es sprechen zu diesem Gesetz nur die sozialistischen Parteien, um ihre Anträge zu empfehlen. Diese sind jedoch schon im Ausschuss eingehend erörtert worden und hatten auch dort Zustimmung der Mehrheit nicht gefunden. Sämtliche Änderungsanträge werden auch im Plenum abgelehnt. Der Entwurf wird in der Fassung der 2. Lesung in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien endgültig genehmigt. Den Rest der Tagesordnung fällt die zweite Lesung über den Entwurf eines Rahmtrags zum Reichshausbauplan 1921 an. Es handelt sich darin um den Haushalt des Reichspräsidenten, des Reichsministeriums mit dem Reichsfiskus und der Reichsanstalten, des Reichsfinanzministeriums, des allgemeinen Vermögensfonds, des Rechnungshofes des Deutschen Reichs und des Reichsjustizministeriums.

**Aus dem volkswirtschaftlichen Ausschuss**

Berlin, 22. Juni. Im Reichstagsausschuss für Volkswirtschaft sagte Staatssekretär Dierich noch: Die Arbeitslosenzahl betrug im August 1920 400 000, im September 350 000, am 1. März 1921 429 000, am 1. April 418 000, am 1. Mai 400 000, am 1. Juni 360 000. Bezeichnend für die Arbeitslosigkeit des deutschen Volkes sei die Umgruppierung, die sich innerhalb der Arbeiterklasse in den Bergmannsbereichen hin und her seit Mitte 1919 bis Ende 1920 vollzogen habe. Rund 200 000 Arbeiter seien in dieser Zeit neu in den Bergmannsbereichen eingetreten. Der Umgruppierung der deutschen Arbeiterklasse in diesem Maße wohl kein anderes Land der Welt ein analoges Beispiel gegenüber. Die Förderung im März sei im ganzen günstig gewesen. Seit Monat März, wo die Überflüsse in den Bergmannsbereichen in Ober- und Niederschlesien, sei allerdings eine bedeutende Verschlechterung eingetreten. Einen Ersatz bietet die Braunkohle, die in stärkerem Maße gewonnen werde als im Frieden. Hier stehen 10,5 Millionen Tonnen Förderung im April 1921 einer Produktionsleistung von 7,5 Millionen Tonnen gegenüber. Die Reparation dreiertraktige in jedem Falle die innere Kaufkraft. Man könne hier nicht einfach die Notenpresse in Hilfe nehmen. Bei den steuerlichen Maßnahmen werde auch der Verbrauch nicht unbeeinträchtigt bleiben können. Dies bedeute aber erhebliche Erschwerungen für den Arbeitsmarkt. Hierzu käme die Annäherung des Kohlenpreises an den Weltmarktpreis. Eine entsprechende Einstellung auch anderer Preisgebote sei die notwendige Folge. Eine Anpassung der Industrie an die neuen Verhältnisse werde sich vollziehen müssen. Es werde mancher unternehmerische Betrieb nicht mehr mitkommen. Es gehe nicht an, daß dauernd in den Betrieben mehr Arbeitskräfte beschäftigt werden, als sachlich erforderlich sind. Der Umgruppierung der Arbeiterklasse gegenüber sei die Bevölkerung auf das Land steht der Staatssekretär skeptisch gegenüber.

**Eine neue Reichsanleihe**

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitg.“)  
 Berlin, 24. Juni. In dem Nachtrag zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, zur Vorsehung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von 16 000 000 000 Reichsmark im Wege der Anleihe fähig zu machen und zur Durchführung der Aufgaben der Hilfskasse für gewerbliche Unternehmungen eine Garantie bis zur Höhe von 50 Millionen Reichsmark zu übernehmen.

**Um das Saargebiet**

Berlin, 23. Juni. Wie bereits gemeldet, hat sich der Völkerverbund auf seiner Konferenz in Genf u. a. auch mit dem Saargebiet beschäftigt. Zur Beratung standen u. a. auch verschiedene Proteste der deutschen Regierung gegenüber einzelnen Maßnahmen der Regierungskommission, die nach Auffassung der deutschen Regierung den Bestimmungen des Saarvertrages widersprechen. Es handelt sich zunächst um die Frage der französischen Gendarmerie und der französischen Besatzungstruppen im Saargebiet, um die Einführung der Frankwährung und um die Massenabwanderungen von Bewohnern aus dem Saargebiet. Die deutsche Regierung hat in ihrem Protesten die einschlägigen Bestimmungen des Friedensvertrages ausgesprochen und nachgewiesen, daß die Verordnungen der Regierungskommission diese Bestimmungen verletzen. Alle diese Fragen haben nach Besprechungen den Völkerverbund in Genf beschäftigt. Er hat sich von der Berechtigung der deutschen Proteste dadurch Klarheit zu verschaffen gesucht, daß er den Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes, gegen den sich in erster Linie die Beschwerden richten, nach Genf berief und ihn dort seinen Standpunkt vertreten ließ. — Wie in den Reden bekannt ist, hat der Völkerverbund sich für die Stellung des Präsidenten Mauboussin ohne Einschränkung angeschlossen und hat damit zum Ausdruck gebracht, daß er das Schicksal der Bevölkerung im Saargebiet gegen die deutsche Bevölkerung zur Anwendung kommt, bestehen lassen will. Derselbe Völkerverbund, der bei Schaffung des Staatsvertrages ausdrücklich betonte, daß die Regierungskommission einseitig weder die Wahrung und Sicherung der Rechte der Bevölkerung, läßt eine Auslegung dieser Bestimmungen zu, die dem Geist und Zweck dieser Bestimmungen direkt widerspricht. Wenn dieses Unrecht und gegen diese Regelung der Bestimmungen hat die deutsche Regierung im Namen der Bevölkerung und im Namen der deutschen Bevölkerung des Saargebietes auf das nachdrücklichste und wiederholt protestiert. Der deutschen Regierung ist keine Gelegenheit gegeben worden, ihre Auffassung zu vertreten. Man hat dieses Recht nur dem Präsidenten der Regierungskommission einräumt. Der Völkerverbund hat sich mit dieser Entscheidung zufriedenstellen lassen, da immerhin in einem Teile der deutschen Bevölkerung und auch bei einem Teile der Bevölkerung der neutralen Länder die Auffassung bestand, daß der Völkerverbund die oberste Instanz des Völkervertrages wie auch außerhalb des allgemeinen Rechts sein soll. Durch eine solche Entscheidung wie die über das Saargebiet ist der letzte Rest des Vertrauens in das Völkervertragswerk zerstört worden. In der nächsten Zeit wird die deutsche Regierung ein Weißbuch über die Saarfrage herausgeben.

**Die deutsche Reparationsanleihe**

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitg.“)  
 Amsterdam, 24. Juni. Aus London wird gemeldet, auf Ansehen im Parlament erklärte der Schatzkanzler, er schäme den Wert der empfangenen Lieferungen aus Deutschland als Reparation auf etwas mehr als 6 Milliarden Goldmark. Deutschland habe teils für, teils in dreimonatlichen Schuldscheinen bezahlt. Die ganze Reparationsanleihe wurde vom Reparationsausschuss auf 132 Milliarden festgesetzt.

**Protest Bayer gegen die schwarze Schmach**

München, 23. Juni. Am Sonntag fand heute die Interpellation der Deutschdemokratischen Partei wegen Wahrung deutscher Kriegsgefangener zur Rede. Hr. Dr. Müller (Dem.), der die Interpellation bearbeitete, verlangte Entlassung, Stärkung und Verbreitung des Materials über die Kriegsverbrechen und Verleumdungen der Entente. Die Verleumdungen des Verfalls der Verträge und die nach Abschluß des Vertrages beabsichtigten Grenzverschiebungen in Ober- und Niederschlesien wendeten dazu, daß die Reichsregierung sich an die ganze Welt wendet. Der Redner forderte weiter Freigabe der letzten Kriegsgefangenen und Freilassung

und legte scharfen Protest ein gegen die Behandlung des Reichsgerichtes durch die Entente. Der Höhepunkt der Schmachlichkeiten bleibe die schwarze Schmach. (Lebhafte Zustimmung.) Sozialminister Oswald erklärte in Beantwortung der Interpellation, daß die Fälle von völkerrechtswidriger Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen zu den Ältesten genommen seien. Das vorliegende Material sei ziemlich umfangreich. Eine neue Stelle für Fragen zur Prüfung und Sichtung des Materials zu schaffen, sei nicht notwendig, da die Reichsregierung bereits über umfangreiches Material verfüge und bearbeitet habe. Im Laufe der Aussprache gab Abgeordneter Biehl (Bayer. Volksp.) eine Erklärung bekannt, die von den Fraktionen der Bayerischen Volkspartei, der Mittelpartei, der Demokraten, des Bauernbundes und der Reichssozialisten schon früher beschlossen wurde und nunmehr der Öffentlichkeit übergeben wird. In dieser Erklärung heißt es: Der bayerische Landtag erachtet es als gebieterische Pflicht, zu der großen Fülle von Einspruchserhebungen, die gegen die drückende schwarze Schmach in den besetzten Gebieten des deutschen Vaterlandes sich wenden, auch seinerseits ein lautes Zeugnis tiefer Entrüstung zu setzen. Die Verwendung farbiger, wöllig wesenfremder Besatzungstruppen ist ein trügerisches, rüchdelichtes Verbrechen. Rament der Kultur wenden wir uns an das Kulturvolk der gesamten Welt, das zu unserer Freude in verschiedenen feindlichen und neutralen Ländern sich mit Recht zu regen beginnt und mit uns im Grunde die drückende Schmach zu zwingen trachten möge.

**Verletzung Ober- und Niederschlesiens von den Insurgenten**

Berlin, 23. Juni. Im Unterhause erklärte Staatssekretär Dierich über die Konferenz Lord Curzon mit Irland, die Lage in Ober- und Niederschlesien sei erschöpfend geprüft worden. Dem Plane, der eine progressive Zurückziehung der Insurgenten und des deutschen Selbstschutzes aus dem streitigen Gebiet vorsehe, sei zugestimmt worden. Die alliierten Streitkräfte, die annähernd 20 000 Mann betragen, sollen für die Aufrechterhaltung der Ordnung in dem geräumten Gebiete so lange verantwortlich sein, als die Entscheidung des Obersten Rates über die zukünftigen Grenzen noch in der Schwebe sei. Es sei beschlossen worden, den alliierten Kommissionen in Oberschlesien jede mögliche Unterstützung sowohl am Orte selbst, als auch durch Vorgehen in Berlin und Warschau zu gewähren. Am die endgültige Lösung zu beschleunigen, sei beschlossen worden, die Kommission zu fragen, ob sie nicht mit Rücksicht auf die geänderten Verhältnisse innerhalb angemessener Zeit einen gemeinsamen Bericht an Stelle der vor einigen Wochen abgegebenen Teilberichte erstatten könnte. Falls Unterstützung durch technische Beamte gewünscht werde, werden solche zur Verfügung gestellt. Falls keiner dieser Wege als praktikabel oder annehmbar angesehen werde, seien die alliierten Regierungen bereit, die Angelegenheit einem in Paris oder London tagenden technischen Ausschuss zu überweisen, um dem Obersten Rat bei seiner endgültigen Entscheidung behilflich zu sein. Es sei zugestimmt worden, daß der Oberste Rat im nächsten Monat in Boulogne zusammentrete, wo diese und andere Gegenstände behandelt werden sollen. Die Pariser Verhandlungen seien durchaus im Geiste größter Freundschaftlichkeit getragen gewesen. Der Wunsch der Mächte, im engeren Zusammenwirken vorzugehen, sei aufs neue zum Ausdruck gekommen.

**Irland über Oberschlesien**

Paris, 23. Juni. In der gestrigen Sitzung der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten sprach sich Irland über die ober- und niederschlesische Angelegenheit, die Lage im Orient und die Verhandlungen mit Deutschland aus. Derselbe Ober- und Niederschlesien, wie er ausführt, schon jetzt sicher zu sein, daß der Oberste Rat nur über ein einmütiges Abkommen entscheiden werde, das die internationalisierte Kommission angenommen habe. Die augenblicklichen Kommissionen würden an Ort und Stelle verbleiben. Bezüglich des Orient erwiderte er wahrscheinlich, daß die Türkei und die Griechen in Anbetracht der kritischen Lage, in die eine neue Offensive sie bringen könne, die angebotene Vermittlung der Alliierten annehmen würden. Was die deutsch-französischen Verhandlungen anbetreffe, so sei es desirable, das Ergebnis voranzuführen.

**Die Verhandlungen Höfers mit der internationalen Kommission**

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitg.“)  
 Breslau, 24. Juni. Der Abschluß der Verhandlungen des Generals Höfer mit der internationalen Kommission ist stündlich zu erwarten. Wenn die Bedingungen sich nicht zu unseren Ungunsten vom Ergebnis der Verhandlungen Höfers mit Höfer unterscheiden, dürften sie vom Zwölferauschuss angenommen werden. Das Hauptziel für die deutschen Vertreter bleibt die möglichst rasche Befreiung des Industriegebietes und die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens. Der Gedanke einer aktiven Beteiligung des deutschen Selbstschutzes an der Säuberungsaktion ist fallen gelassen worden. Auch die deutschen Reichsregierungsabgeordneten haben sich davon überzeugt, daß die gedachte Lage in Oberschlesien die deutschen Vertreter zwingt, auf jede populäre Prestigeaktion zu verzichten und lediglich immer wieder die Verantwortung für die Wiederherstellung der Ordnung und der Wiedergutmachung des Schadens zu betonen. Die Behauptung der französischen Räte, daß Korfanth und die Polen gutwillig seien im Gegensatz zu den deutschen Vertretern, wird täglich lächerlicher. Auch heute liegen Meldungen über neue unerhörte polnische Hebergriffe vor. Die neuen Ergebnisse in Danzig haben gezeigt, daß der italienische Kreiskontrollleur noch keineswegs hier der Lage gewachsen ist und die deutschen Einwohner vor den polnischen Hebergriffen nicht zu schützen vermag.

**Explosion polnischer Munitionswagen**

Wrocław, 23. Juni. Auf dem hiesigen Bahnhof sind gestern zwei polnische Munitionswagen auf bisher noch unangelegte Weise explodiert. Der Sachschaden ist überaus groß. Unter anderem sind in weitem Umkreise die Baumgasse und Weiden unbrauchbar geworden. Von den umstehenden Häusern sind sämtliche Fenster und Türen herausgerissen worden. Nach vorsichtiger Schätzung beläuft sich der entstandene Schaden auf 35 Millionen Reichsmark. Von dem polnischen Kommandanten wurden eine Anzahl deutscher Kaufleute der Stadt Danzig verschafft, da man den Deutschen die Schuld an der Explosion in die Schuhe zu schieben sucht. Die Erregung in der Stadt ist ungeheuer. Den Bemühungen des italienischen Kreiskontrollleurs gelang es noch nicht, die Verhafteten frei zu bekommen.

**Auslieferung Danzigs an Polen**

Paris, 23. Juni. Der Rat des Völkervertrages hat sich gestern eingehend mit der Angelegenheit des Freistaates Danzig beschäftigt. In Gegenwart des Vertreters Polens und des Bürgermeisters von Danzig Dr. Sahn wurde einstimmig ein Beschluß gefaßt, der besagt: Die polnische Regierung ist besonders geeignet, im gegebenen Falle die Verteidigung der freien Stadt Danzig zu sichern und die Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Gebiete der Stadt Danzig, falls die lokalen Kräfte hierzu nicht ausreichen, durchzuführen. Zu diesem Zwecke hat der Oberkommissar gegebenenfalls den Rat des Völkervertrages um Anweisungen zu bitten, wenn er gleichzeitig Vor schläge über die zu ergreifenden Maßnahmen zu unterbreiten hat. Ein beratender Auftrag kann Polen erteilt werden, wenn das Gebiet Danzig einem Angriff, einer Drohung ausgesetzt ist, die von irgend einem Staate, abgesehen von Polen, ausgeht, nachdem sich der Kommissar persönlich von

der dringenden Gefahr überzeugt hat, oder, falls Polen sich aus irgend einem Grunde in die Unmöglichkeit versetzt sieht, den Schutz auszuüben. Wenn das gewünschte Ziel zur Zufriedenheit des Oberkommissars erreicht ist, werden die polnischen Truppen wieder zurückgezogen.

**England und die Kriegsprozesse**

Berlin, 23. Juni. Im Unterhause erklärte der Generalkonsul Sir Pollock: Mehrere englische Zeugen aus dem Leipziger Prozesse hätten bei der englischen Regierung Vorstellungen bezüglich der Art erhoben, in der ihre Beweisaussagen behandelt werden sollen. Sobald die gegenwärtige Reihe der Leipziger Prozesse zum Abschluß gelangt sei, sei beabsichtigt, mit den anderen Mächten in Erwägung über das weitere Vorgehen bezüglich der Kriegsbeschuldigten einzutreten. Inzwischen sei einstellend noch nicht geplant, bei der deutschen Regierung Vorstellungen zu erheben.

Berlin, 23. Juni. Bekanntlich soll der englische Staatsanwalt Pollock nach der Freisprechung des Kapitänsleutnants a. D. Reumann durch das Reichsgericht geduldet haben, die Entscheidungen des Leipziger Reichsoberlandesgerichtes nicht den Wünschen der Alliierten nach sich, die sich aus dem Friedensvertrag ergeben. Sobald die Prozesse vor dem Leipziger Gericht beendet seien, würden die Alliierten beschließen müssen, was zu tun sei. Hierzu schreibt Reichsgerichtsrat a. D. H. Wismann dem „Leipz. Neuesten Nachr.“, bei dem jetzt zur Urteilsurteilung stehenden Kriegsbeschuldigten, die in der Räte vom 7. Mai 1920 aufgeführt seien, handele es sich nicht um solche, auf die sich der Friedensvertrag beziehe. Es seien dies Fälle, für welche die Gerichte der alliierten Staaten nicht zuständig seien, und nicht zuständig werden könnten. Die Alliierten könnten also diese Kriegsbeschuldigten nur auf Grund eines Ausnahmegesetzes zur Verantwortung ziehen, welches mit dem allgemein anerkannten Rechtsgrundsätzen im Widerspruch stehen würde. Es sei ausgeschlossen, daß ein solches Gesetz erlassen werde, da auch in den Ententeländern ein geordneter Rechtszustand herrsche. — Der Prozeß gegen den Kapitänsleutnant zur See a. D. Ditzmar und den Leutnant zur See a. D. John Boldt (dies ist der richtige Name) wird voraussichtlich erst am 12. Juli stattfinden, vorausgesetzt, daß es bis dahin möglich gewesen ist, sämtliche englischen Zeugen zu laden und nach Leipzig zu bringen.

**Die englische Streikbewegung**

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitg.“)  
 London, 24. Juni. Eine Generalversammlung des Generalarbeitsrates sämtlicher Arbeitervereinigungen wird am morgigen Sonnabend stattfinden, um über den Generalstreik zu entscheiden. Es verlautet, daß mehrere der wichtigsten Arbeiterorganisationen den Bergarbeitern zu verstehen gegeben haben, daß sie vorläufig nicht für den Generalstreik zu haben sind.

**Zurückziehung der Resolution Porter**

Paris, 23. Juni. Wie die „Chicago Tribune“ aus Washington meldet, ist in gemeinsamer Sitzung vom Repräsentantenhaus und Senat gestern auf Vordringen der Mitglieder des Repräsentantenhauses die Resolution Porter, die den Friedenszustand mit Deutschland erklärt, zurückgezogen worden.

**Die kommende Offensive des Proletariats**

Berlin, 23. Juni. Die „Morning Post“ aus New York meldet, ist in Moskau der dritte Kongreß der dritten Internationalen eröffnet worden. Der augenblickliche Vorsitzende Sinowjew erklärte Vertretern der ausländischen Presse, das Programm des Kongresses sei eine Offensive des Proletariats in naher Zukunft vor. Einer der wichtigsten Punkte des Programms sei die Zusammenfassung aller Kräfte auf die Propaganda und Revolutionstätigkeit im Osten. In einer vor Eröffnung des Kongresses gehaltenen Rede erklärte der Volkskommissar Trotski: Wir müssen mit dem revolutionären Geiste nicht nur den Westen bearbeiten, sondern auch den Osten und vor allem die östlichen Kolonien der Großmächte, auf die der Kapitalismus augenblicklich seine Hoffnungen baut. Wir haben unsere Missionen bezüglich des unmittelbaren Ausbruches einer Weltrevolution begraben. Der kommende Kampf werde ein sehr blutiger sein.

**Kriegszustand zwischen Rußland und Japan**

New York, 23. Juni. Tschitcherin hat den alliierten Mächten mitgeteilt, daß Rußland in den Kriegszustand mit Japan eingetreten sei, weil dieses in Gemeinschaft mit den Gegenrevolutionären Teilen Ost Sibiriens festhalte.

**Die Verhandlungen zwischen Ungarn und der Tschecho-Slowakei**

Braun, 23. Juni. Das Tschecho-Slowakische Pressebureau Ministern Beneš, Benšik und Teletski haben, wie es scheint, den Hauptzweck, den Weg für die Erledigung der Fragen, mit welchen sich die Kommissionsmitglieder in Budapest und Prag beschäftigen haben, zu ebnen. Sie lassen sich in folgenden Kategorien einteilen: 1. in Handelsfragen, zum Beispiel Rohstoffe, Getreide, die Situation der Maschinen- und Metallindustrie, unklarer Wettbewerb usw.; 2. Verkehrsfragen, unter denen sich an erster Stelle eine geeignete Verbindung der Tschecho-Slowakei über Ungarn mit Rumänien und Südrussland befindet; 3. juristische, politische und Grenzfragen, sowie Fragen des kirchlichen Eigentums; 4. finanzielle Fragen, so zum Beispiel die Depositionsfrage, die Ausgleichung der Kreditforderungen usw.

**Das Herne Grubenunglück**

Herne, 23. Juni. Von den in den Krankenhäusern untergebrachten 70 Verletzten der Beche Mont Cenis sind bis heute vor mittag 10 Uhr insgesamt 6 gestorben. Bei weiteren 5 Schwerverletzten ist der Zustand nicht unbedenklich. Aus dem Bergmannsheim in Bochum konnten gestern von insgesamt 25 Verletzten 7 entlassen werden. Weitere Entlassungen werden heute erfolgen. Im katholischen Krankenhaus Sodingen-Wädning sind 23 Verletzte untergebracht, darunter ein Schwerverletzter. Aus dem katholischen Krankenhaus in Herne konnten die dort befindlichen 9 Bergmannsheim sämtlich entlassen werden. Im evangelischen Krankenhaus sind 4 Verletzte untergebracht, für die keine Lebensgefahr besteht. Bis jetzt sind 81 Tote festgesetzt. Die Bestattung der Opfer des Grubenunglücks findet am 24. Juni statt.

**Säuberung im bayerischen Landtag**

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitg.“)  
 Berlin, 24. Juni. Wie aus München gemeldet wird, wurde ein Antrag auf Säuberung der Abgeordneten Tolster, Rialisch, Eisenberg, Sauber, Hagentietz und Schmidt, sämtlich der U.S.P. angehörig, vom Reichstagsordnungsausschuss des bayerischen Landtages mit den Stimmen der nichtsozialistischen Parteien abgelehnt.

**Eine königliche Hölz-Demonstration**

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitg.“)  
 Berlin, 24. Juni. Die von der KPD und RPD. durchgeführte Demonstration in Berlin gegen die Hölz-Demonstration ist recht häufig verlaufen. Die KPD sammelte ihre Hölz vor dem Reptilienbrunnen, die RPD. zog mit ihrem Rahmen zum Kaiser-Wilhelm-Denkmal. Je jugendlicher die Sprecher, um so blutiger die Kräfte. Man mußte jetzt zum Dank schreiben, die Courtoisie ausreden, jeder Einzelne mußte ein Hölz werden usw. Als der Mann bestiger wurde, legte ein Mannflucht ein. Man machte schließlich Schluss, um wenigstens noch einen einermassen demonstrierenden Rückzug zu ermöglichen. In der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, wo ein Verbot des Polizeipräsidenten der Abhaltung von Versammlungen